
5115/J XXVIII. GP

Eingelangt am 04.03.2026

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Sabine Schatz, Genossinnen und Genossen,
an den Bundesminister für Inneres
betreffend **Schändungen von Gedenkstätten in Österreich im Jahr 2025**

Gedenkstätten, Mahnorte oder Gedenksteine sind sichtbare Zeichen für die Verantwortung der Republik Österreich, die sich aus der Vergangenheit ergibt. Sie arbeiten gegen das Vergessen der Gräueltaten der Nationalsozialisten und erinnern an jene, die aus antisemitischen, politischen, rassistischen, religiösen, weltanschaulichen und anderen Gründen wie der sexuellen Orientierung Opfer der NS-Justiz, Opfer von »Euthanasie«-Mordaktionen, Opfer der Vernichtung, der Lagerhaft und/oder Zwangsarbeit wurden. Sie erinnern an jene, die Widerstand und Verweigerung leisteten und sie mahnen ein aktives Einschreiten gegen Ideologien der Ungleichheiten auch im Heute ein. Gedenkstätten, Mahnorte und Gedenksteine sind wichtige Elemente der politischen Bildungsarbeit, geben Denkanstöße und Reflexionsimpulse. In den vergangenen Jahren kam es zu insgesamt 145 Schändungen von Gedenksteinen/Denkmalern/Mahnorten für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocaust in Österreich¹. Auch die Gedenkstätte Mauthausen wurde seit dem 1. Jänner 2013 mehrfach geschändet². Die hohe Anzahl an rechtsextremen Schändungen von Gedenkstätten zeigt, dass das nicht bloß seltene Ausnahmen sind.

Die unterfertigten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Inneres folgende

Anfrage

1. Wegen wie vieler Schändungen von Gedenksteinen/Denkmalern/Mahnorten für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocaust ermittelte die Polizei im Jahr 2025? (aufgelistet nach Denkmal, Monat des Vorfalls, Bundesland, Ermittlungszeitraum)
2. Wegen wie vieler Schändungen der Gedenkstätte Mauthausen ermittelte die Polizei zwischen 1.1.2025 und 31.12.2025? (aufgelistet nach Denkmal, Bundesland, Jahr, Ermittlungszeitraum)
3. Wie viele der 2025 vorgefallenen Schändungen von Gedenksteinen/Denkmalern/Mahnorten für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocaust werden von Ihrem Ressort als „mit

¹ 1 Online verfügbar unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/AB/AB_01783/imfname_723569.pdf, abgerufen am 11.02.2026 vgl. www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/9591/imfname_1438092.pdf, abgerufen am 11.02.2026, vgl. www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/J/18205/fname_1621197.pdf, abgerufen 11.02.2026

² www.profil.at/oesterreich/befreiung-mauthausen-denkmal-beschmiert-schaendung/403038672, abgerufen am 11.02.2026

rechtsextremistischem³ Hintergrund" entsprechend der Einstufung von Straftaten im Verfassungsschutzbericht kategorisiert?

4. Gegen wie viele Beschuldigte wurde im Jahr 2025 wegen Schändungen von Gedenksteinen/ Denkmälern/ Mahnorten für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocausts in Österreich ermittelt? (aufgelistet nach Denkmal, Bundesland, Jahr, Ermittlungszeitraum, Geschlecht)

5. In wie vielen der 2025 geführten Ermittlungen wegen Schändungen von Gedenksteinen/ Denkmälern/ Mahnorten für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocausts in Österreich konnte der Staatsanwaltschaft durch Ihr Ressort ein oder mehrere konkrete Verdächtige genannt werden?

6. In wie vielen Fällen im Jahr 2025 wurde die Schändung eines Gedenksteins/Denkmals/Mahnortes für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocausts durch die eine Meldung bei der NS-Meldestelle bekannt?

7. In wie vielen Fällen im Jahr 2025 wurde die Schändung eines Gedenksteins/Denkmals/Mahnortes für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocausts durch die eine Sachverhaltsdarstellung bekannt?

³ es wird auf die Definition im Verfassungsschutzbericht verwiesen: „Rechtsextremismus“ ist die Sammelbezeichnung für politische Auffassungen und Bestrebungen – von fremdenfeindlich/rassistisch/antisemitisch bis hin zur nationalsozialistischen Wiederbetätigung – die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Ungleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen und diesen mit Mitteln beziehungsweise unter Gutheißung oder Inkaufnahme von Gewalt bekämpfen.

www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/J/652/fname_1689657.pdf, abgerufen am 11.02.2025